

Digitale Souveränität

Fünf Länder schließen sich an

[19.01.2022] Fünf weitere Bundesländer haben sich der gemeinsamen Absichtserklärung zur Stärkung der Digitalen Souveränität und Erarbeitung des Souveränen Arbeitsplatzes mit dem Bund angeschlossen. Die Anzahl der teilnehmenden Bundesländer wächst somit auf 14.

Im November 2021 ist die gemeinsame Absichtserklärung zur Stärkung der Digitalen Souveränität und gemeinsamen Erarbeitung des Souveränen Arbeitsplatzes veröffentlicht worden. Die CIOs von neun Bundesländern und der Bund haben sich ihr damals angeschlossen ([wir berichteten](#)). Mit Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Sachsen haben sich nun fünf weitere Bundesländer für diesen Schritt entschieden. Laut einer Pressemeldung des Bundes-CIO ist somit eine gute Grundlage für eine übergreifende Kooperation geschaffen.

Die Absichtserklärung knüpft an „die Strategie zur Stärkung der Digitalen Souveränität für die IT der ÖV“ des IT-Planungsrats an. In Einklang mit dieser Strategie seien in Bund, Ländern und Kommunen verschiedene Initiativen gestartet, heißt es in dem Papier. Die Unterzeichner der Absichtserklärung wollen die Inhalte und Meilensteine dieser Vorhaben so aufeinander abstimmen und fortführen, „dass die gemeinsame Erarbeitung eines Souveränen Arbeitsplatzes für die ÖV gelingt“. Dabei werde ein agiles Vorgehen gewählt. Im ersten Schritt sollen die notwendigen Basisfunktionen in den Bereichen Produktivität, Kollaboration sowie Kommunikation bereitgestellt, erprobt und iterativ erweitert werden. Dabei geht es beispielsweise um Lösungen für die Textverarbeitung, die organisationsübergreifende Zusammenarbeit oder Videokonferenzen. Im Sinne der digitalen Souveränität sollen Schnittstellen verwendet werden, „die offen und frei von technischen oder juristischen Beschränkungen“ nutzbar sind.

(ve)

Gemeinsame Absichtserklärung zur Stärkung der Digitalen Souveränität (PDF, 448 KB)

Stichwörter: Politik, Digitale Souveränität